

Eingangsvermerk - Empfänger

Eingangsvermerk - Formularyserver

Pfandleihnerlaubnis - Antrag

Erteilung einer Gewerbeerlaubnis

Änderung einer Gewerbeerlaubnis

vom

Aktenzeichen

Ausstellende Behörde

Antragsberechtigt sind ausschließlich natürliche und juristische Personen. Bei Personengesellschaften ist für jeden geschäftsführungsbefugten Gesellschafter ein gesonderter Erlaubnisantrag zu stellen. Bei juristischen Personen sind für jeden Vertretungsberechtigten die Angaben zur Person auf je einem gesonderten Vordruck auszufüllen und die erforderlichen Unterlagen beizubringen.

Antragsteller/in:

Name/Vertreter (bei juristischer Person)		
Name		Vorname(n)
Jur. Person	Name	Bei GbR: Anzahl Gesellschafter
Abweichender Geburtsname		männlich weiblich
Geburtsdatum		Geburtsort
Geburtsdatum		Geburtsland
Wohnanschrift		Hausnr.
Straße		
PLZ	Ort	Land
Kontaktdaten		
Telefon		Telefon (mobil)
Fax	E-Mail	

bei Nicht-EU-Bürgern: Aufenthaltsgenehmigung erforderlich

Ausstellungsbehörde

Ausgestellt am	unbefristet befristet	Gültig bis	Nachname der Mutter
Auflagen, Beschränkungen			

Weitere Wohnsitze des Antragstellers in den letzten 5 Jahren (freiwillige Angabe)

Zeitraum von (MM.JJJJ) bis (MM.JJJJ)	Wohnsitz Straße, Hausnr., PLZ, Ort, Land

Wurde in den letzten fünf Jahren eine berufliche Tätigkeit als Geschäftsführer einer GmbH, als persönlich haftender Gesellschafter einer OHG oder KG oder als Inhaber eines Einzelunternehmens ausgeübt?

Wenn ja, Firmenname
 Ja Nein Wenn ja, Anschrift der Firma

Persönliche Verhältnisse

Rechtskräftige Verurteilungen/Strafbefehle in den letzten 5 Jahren:
 Ja Nein Wenn ja, welche, Aktenzeichen, Gericht

Anhängige Strafverfahren:
 Ja Nein Wenn ja, welche, Aktenzeichen, Gericht

Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit
 Ja Nein Wenn ja, welche, Aktenzeichen Behörde/Gericht

Anhängige Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung
 Ja Nein Wenn ja, welche, Aktenzeichen Behörde/Gericht

Eidesstattliche Versicherung über die Vermögensverhältnisse (§ 807 ff. ZPO)
 Ja Nein Wenn ja, wann, Aktenzeichen und Amtsgericht

Wurde ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt
 Ja Nein Wenn ja, wann, Aktenzeichen und Amtsgericht

Angaben zum Betrieb

Folgende Sicherheiten stehen zur Verfügung (die Angaben sind durch geeignete Unterlagen zu belegen):

Anlagevermögen (z.B. Immobilien):		EUR
Kapitalvermögen (Bargeld, Bankguthaben, Bankbürgschaften, Finanzierungszusagen):		EUR
Forderungen mit Angabe der Fälligkeit:	EUR	Fälligkeit
	EUR	
	EUR	

Geschäftsräume

Straße		Hausnr.
PLZ	Ort	Land
Kontaktdaten		
Telefon		Telefon (mobil) - während der Veranstaltung erreichbar
Fax		E-Mail

Notwendige Unterlagen

Die nachfolgenden benannten Unterlagen sind Bestandteil des Antrages und durch den Antragsteller im Original oder in beglaubigter Abschrift beizubringen. Die Erlaubnis kann erst nach Erteilung werden, wenn die Unterlagen vollständig vorliegen

Führungszeugnis (zur Vorlage bei einer Behörde)	Als Anlage beigelegt	wurde beantragt und wird nachgereicht
Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (zur Vorlage bei einer Behörde)	Als Anlage beigelegt	wurde beantragt und wird nachgereicht
Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung	Als Anlage beigelegt	wurde beantragt und wird nachgereicht
Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis	Als Anlage beigelegt	wurde beantragt und wird nachgereicht
Auszug aus dem Handels-/Vereinsregister (bei jur. Personen i.G. Vertrag/Satzung)	Als Anlage beigelegt	wurde beantragt und wird nachgereicht
Auskunft über evtl. anhängige Insolvenzverfahren	Als Anlage beigelegt	wird nachgereicht
Versicherungsnachweis	Als Anlage beigelegt	wird nachgereicht
Pläne im Maßstab 1:100 für die in Aussicht genommenen Räume	Als Anlage beigelegt	wird nachgereicht

Mir ist bekannt, dass ich vor Erteilung der Erlaubnis das Geschäft eines Pfandleihers oder Pfandvermittlers nicht ausüben darf. Zuwiderhandlungen können mit einer Geldbuße geahndet werden.

Ich versichere - Wir versichern die Richtigkeit meiner/unserer Angaben und bin/sind mir/uns bewusst, dass die Erlaubnis zurückgenommen werden kann, wenn sie auf Grund unwahrer Angaben oder sonstiger täuschender Handlungen erwirkt worden ist.

Hinweis:

Gemäß § 15 Absatz 1 Satz 1 SächsVwKG kann bei Antragstellung auf Erteilung einer Erlaubnis ein Kostenvorschuss von 25 %, jedoch nicht unter 50,00 €, unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen, verlangt werden.

Datum	Unterschrift
-------	--------------

Empfänger des Formulars

Kommune (zuständige Stelle) EA Sachsen Fall-ID

Informationen zur Vergabe der Fall-ID finden Sie im

Zu den Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung des Formulars können Sie sich auf der Homepage des Empfängers informieren.

Da für dieses Formular die Schriftform vorgeschrieben ist, wird bei der elektronischen Übermittlung eine qualifizierte elektronische Signatur gefordert.